

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Druckerei: Druckerei von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt: Nr. 650-33.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Durch den Verlag bezogen: Mf. 3.50 monatlich, Mf. 11.40 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: Mf. 3.50 monatlich, Mf. 11.40 vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsstellen nehmen nur den Verlag, die Ausgabezeiten, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.



Anzeigenpreis: Offizielle Anzeigen Mf. 1.25, auswärtige Anzeigen Mf. 1.50, örtliche Anzeigen Mf. 1.00, auswärtige Anzeigen Mf. 1.00, für die ersten fünf Zeilen oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr abends. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Mittwoch, 19. Januar 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 29. • 69. Jahrgang.

Reichstagsbeginn.

Nachdem der Hauptausschuss des Reichstags sowie einige andere Ausschüsse ihre Arbeiten bereits in der abgelaufenen Woche aufgenommen haben, beginnt das Parlament seine Sitzungen am heutigen Mittwoch. Man wird nun bis zum Anfang Februar beisammen bleiben, um dann eine Pause einzulegen, die die Abgeordneten benutzen werden, um ihren Parteien in dem preußischen Wahlkampf zu Hilfe zu kommen. Nach der Preußenwahl, die bekanntlich am 20. Februar stattfindet, werden die Sitzungen wieder aufgenommen, bis man dann etwa Mitte März bereits in die Osterferien gehen wird.

Für die großen Aufgaben, die ihrer Lösung harren, steht also verhältnismäßig nur wenig Zeit zur Verfügung. Daher kommt es darauf an, diese Zeit nun auch wirklich auszunutzen, und zwar nicht durch endlos lange Sitzungen, in denen zwar geredet wird, aber keine Beschlüsse gefasst werden, sondern durch eine Eindämmung des Redeflusses. Mehr Taten und kürzere Debatten, das war der Wunsch, der aus der Rede des ersten Debatteredners dieses Reichstags erklang. Der Wunsch ist leider nicht erfüllt worden. Gerade die Partei des Herrn Abgeordneten Scheidemann — denn er war es, der diesen Wunsch aussprach — hat nichts getan, um diese Worte in die Tat umzusetzen. Der Reichstag hat es nicht verstanden, sein Arbeitstempo auch nur einigermaßen dem Umfang der Aufgaben anzupassen, die zu lösen sind. Es ist doch geradezu unheimlich, daß das Reichsparlament wenige Wochen vor Ablauf des Rechnungsjahres noch mitten in der Beratung des Voranschlags für 1920 steckt! Wieviel kostbare Zeit ist mit der parteipolitischen Ausbeutung aller möglichen Zwischenfälle, jeder nur denkbaren Materie verstreut worden. Wieviel Interpellationen haben gar keinen Zweck gehabt, als für Wahlreden die Kosten für Saalmiete und Beleuchtung zu sparen. Man denke nur einmal an die sozialdemokratische Interpellation über die Kapitalverschönerung hoher und höchster Herrschaften. Es war der Partei bekannt, daß sich die Staatsanwaltschaft bereits mit der Sache beschäftigt, zur höheren Ehre der Partei mußte aber trotzdem kostbare Zeit mit der Besprechung der Interpellation vertrödeln werden. Das ist lediglich ein Beispiel. Man braucht aber nur die Sitzungsberichte durchzublättern und man wird auf eine große Zahl ähnlicher Fälle stoßen. Zum Teil mögen diese unerfreulichen Vorgänge wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Preußenwahlen vor der Tür stehen. Ganz besonders die Mehrheitssozialisten glaubten anscheinend die unangenehme Konkurrenz von links durch solche Manöver wirksam bekämpfen zu können. Die Rücksicht auf die Preußenwahlen hat denn auch verschiedentlich bei der Verabschiedung bedeutender Gesetzesvorlagen die Haltung der Parteien ungünstig beeinflusst. Gerade in den letzten Verhandlungstagen im Dezember drohte ja wiederholt eine Regierungskrise. Mehr als einmal sah es so aus, als ob die Regierungskoalition auseinanderfallen würde. Soll aber gedeihliche Arbeit geleistet werden, so ist es unbedingt erforderlich, daß wir endlich einmal aus diesen krisenhaften Zuständen herauskommen.

Schuld an diesen ungesunden Zuständen trägt nicht zuletzt die Stellung der Mehrheitssozialisten zur Regierung, die, je länger sie anhält, um so unerträglicher wird. Im Kabinett ist die Sozialdemokratie bekanntlich nicht vertreten. Wir haben das „bürgerliche Kabinett wider seinen Willen“. Andererseits ist die Sozialdemokratie aber auch Regierungspartei insofern, als sich das Kabinett gegen ihren Willen nicht halten kann. Es ist völlig unrichtig, wenn die Sozialisten die Dinge so darstellen, als ob sie nicht die Verantwortung für die Regierung mittüten. Jeden Augenblick könnten die Mehrheitssozialisten mit der ja immer vorhandenen Opposition eine Mehrheit bilden, die der Regierung das Vertrauen entzöge und so das Schicksal des Kabinetts fehdenbach besiegeln würde. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer unerträglich wird. Es hat ja nicht an Einladungen an die Adresse der Sozialisten, in die Regierung einzutreten, gefehlt. Alle Regierungsparteien versicherten wiederholt, sie würden eine Verbreiterung der Regierungsbasis mit Freuden begrüßen. Die Mehrheitssozialisten lehnten aber bisher stets ab. Sie haben wohl die Hoffnung gehegt, im Frühjahr die bei den Wahlen erlittene Schlappe wieder wett zu machen. Man hat ja auch im sozialdemokratischen Lager oft genug den Gedanken erörtert, auf eine Auflösung des Reichstags und damit auf Neuwahlen im Frühjahr hinzuwirken. Die Landtagswahlen in Sachsen und Preußen sollten, so sagte die „Sozialistische Korrespondenz“ seinerzeit, die Generalprobe sein. Die Wahlen in Sachsen sind bekanntlich gegen die Sozialisten ausgefallen und es gehört keine große Prophetengabe dazu, um für die Wahlen in Preußen ein ähnliches Ergebnis

vorauszusagen. In Bremen hat kürzlich bei einem Volksentscheid die Mehrheit der Bevölkerung den „Sozialisten aller Richtungen“ eine entscheidende Absage erteilt. Am gleichen Tage haben die Stadtverordnetenwahlen in Hanau und Gerau die sozialistische Mehrheit in eine bürgerliche verwandelt. In der letzten Zeit ist es daher denn auch recht still geworden von Reichstagsauflösung und Neuwahlen im sozialistischen Lager. Leider aber scheint es auch nicht wahrscheinlich, daß sich die Sozialdemokratie nun endlich auf ihre Pflicht, die Verantwortung für die Regierung voll zu übernehmen, besinnen wird. Namentlich so lange die Preußenwahlen nicht erledigt sind, dürfte an eine Änderung dieses höchst unerfreulichen Zustandes nicht zu denken sein.

Trotz dieser wenig erfreulichen Lage wären die Arbeiten des Reichstags weiter gediehen, wenn nicht die Vieldrederei am Königsplatz ihre Triumphe feierte. Es ist unbedingt erforderlich, daß der Redefluß stark eingedämmt wird. In dieser Richtung bewegen sich denn auch verschiedene Vorschläge, die in letzter Zeit gemacht worden sind und die im wesentlichen auf eine Beschränkung der Redezeit und den Fortfall der sogenannten zweiten Rednergarnitur hinausgehen. Mit diesen Vorschlägen wird sich nun nach Zusammentritt des Parlaments der Ältestenrat zu befassen haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Beratungen zu einem positiven Ergebnis führen. So wie bislang können die Dinge unmöglich weiter gehen. Es ist angeregt worden — und dieser Vorschlag hat sehr viel für sich — eine Änderung der Kompetenzen eintreten zu lassen. Das Plenum des Reichstags soll in allen Angelegenheiten nur die großen Richtlinien angeben und festlegen, während die Einzelheiten den Ausschüssen überlassen bleiben. Darüber hinaus wird geplant, auch die Zahl der Abgeordneten einzuschränken. Nach dem neuen Wahlgeseß, dessen Verabschiedung noch in dieser Session des Reichstags erfolgen dürfte, soll in Zukunft statt auf je 60.000 Stimmen erst auf je 75.000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. So wird also wahrscheinlich noch in dieser Session die Verminderung der Abgeordneten beschlossen werden.

In parlamentarischen Kreisen fehlt es demnach keineswegs an der Einsicht, daß der heutige Zustand auf die Dauer unerträglich ist. Hoffentlich folgt dieser Einsicht nun auch die rettende Tat. Die Sozialisierung, die Schlichtungsordnung, die Beamtenbesoldung und die Frage der Deckung der Ausgaben, um nur einige der wichtigsten Beratungsgegenstände herauszugreifen, sind nur zu erledigen von einem Parlament, in dem alle Parteien das Wohl des Vaterlandes höher stellen als die Gesichtspunkte der Partei.

Der Verband der Bergarbeiter für die Sozialisierung.

Br. Berlin, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der zurzeit in Berlin unter Beteiligung sämtlicher deutscher Bergwerksgebiete eine Vorstandskonferenz abhält, beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Sozialisierung. In einer mehrstündigen Debatte wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Sozialisierung von sämtlichen Rednern gefordert. Die Verammlung faßte eine Resolution, in der es heißt: Die in Berlin tagende Konferenz des Gesamtverbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands an dem Beschluß seiner Generalversammlung in Bielefeld (1919) über die Sozialisierung des Bergbaus und an der gleichzeitigen Entschließung der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf festhält. Wir verstehen unter Sozialisierung die Übertragung der vollen Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsregierung berufene Vertretung des Volksganges. Die in letzter Zeit rapide fortschreitende privatisierung der Bodenschätze bedroht die Interessen des Volksganges in wachsendem Maße. Der unbedingt notwendige Schutz der öffentlichen Interessen gegen die privatisierung der Bodenschätze und monopolistische Beherrschung unterer Wirtschaftsklassen ist der Hauptgrund für unsere Sozialisierungsforderung. Sie ist keine bloße Bergarbeiterfrage, sondern eine Volkswirtschaftsfrage. Die Unternehmervorschläge beanspruchen keine Sozialisierung, aber eine außerordentliche Unterstützung der privaten gemeinnützigen Vertretungsbestrebungen. Der Vorschlag, kleine Aktien auszugeben, will die frasse Gewinnmacht noch vergrößern. Der Verband lehnt das entschieden ab. Von der Reichsregierung fordern wir, die am 5. August und 22. September 1920 gegebenen Versprechungen, einen Gesetzentwurf, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaues bezweckt, einzubringen, die ohne weitere Verzögerung eingelegt werden müssen.

Zumulte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Br. Berlin, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der Stadtverordnetenversammlung kam es bei der Behandlung von Maßnahmen für die Erwerbslosen zu Tumulten. So daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Die Kampforganisation der ostpreussischen Kommunisten.

Br. Berlin, 18. Jan. Aus Ostpreußen wird verschiedene Blätter berichtet, daß viele Angehörigen darauf hinwirken, daß in der durch den Anschlag an Moskau nachrichten Kommunistischen Partei jetzt neue Bestrebungen im Gange sind, die alte Kampforganisation wieder aufzunehmen.

Die Brüsseler Fragen.

W. T. B. Berlin, 17. Jan. Aus der deutschen Antwort auf die 41 Fragen, die die Entente den deutschen Sachverständigen in Brüssel vorlegte, wird weiteres bekannt: Zu der Frage 12a, inwieweit das Reich in Geltung stehende Steuerrecht in Deutschland seine volle Ertragsfähigkeit erreicht, wird ausgeführt, daß seit Oktober die Veranlagung der verschiedenen Steuern betrübend vor sich gehe. Einige Steuern, wie die allgemeine Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer, würden erst nach Schluss des Kalenderjahres 1920 zur Veranlagung kommen. Das liege in den Gelehen selbst begründet, weil die Veranlagung sich an das Umlagergebnis bzw. an das Einkommen der Körperschaften im Jahre 1920 anknüpfe. Beide könnten aber erst nach Jahreschluss festgestellt werden. Auf Frage 12b: Ist das Steuerrecht jetzt schon voll angewandt? wird geantwortet, daß der Eingang der neuen Steuern bis Oktober sehr viel zu wünschen übrig ließe, daß das Oktoberergebnis aber bei den Hauptsteuern, der Einkommensteuer und dem Körperschaftsteuern, dem erwarteten durchschnittlichen Monatsergebnis entspreche.

Zu Frage 12c, ob höhere Erträge in den kommenden Jahren ohne neue Steuern durch bessere Ausführung der Steuererhebung und bessere Veranlagungen zu erwarten seien, wird ausgeführt, daß eine mögliche Vermehrung infolge von Verbesserungen der Steuererhebung nicht ausgeschlossen erscheine, daß vielleicht auch ein Mehrertrag an Zöllen erzielt werden könnte, wenn seitens der alliierten Mächte dem Reich die Möglichkeit gegeben würde, durch eine genügende Zahl und entsprechende Bewaffnung der Beamten die Grenzkontrolle noch mehr zu verstärken, daß dagegen eine Steigerung der Erträge infolge der Erhöhung des Einkommens in späteren Jahren kaum zu erwarten sein dürfte, ebenso dürfte eine Steigerung der Einnahmen durch Eingänge von Steuerrückständen aus dem Finanzjahr 1920/21 in nennenswertem Umfang kaum zu erwarten sein.

Zu Frage 18 wird gesagt: Der Erlös der deutschen Regierung aus dem Verkauf von Gütern (Seeresgut) beträgt 4.838.090.000 M. Diese Summe wurde als Rücknahme bei dem Anleihebonds verrechnet, so daß sich die Reichsschuld in Höhe dieses Betrags verminderte.

Auf Frage 20, nach Verwendung der Zölküsse und Zahlungen, die Deutschland gemäß des Spa-Abkommens erhält, wird durch Ausführung einer Reihe von Beispielen geantwortet. Die Bergarbeiter erhalten danach eine Wurstzulage von 500 Gramm wöchentlich für jeden Bergmann und eine um 100 Prozent erhöhte Spezialzulage von 200 Gramm, ebenfalls für jeden Bergmann, 2. 500 Gramm Fett (Schmalz oder Speck), 3. verbilligte Kleidung und Schuhwerk.

Zu Frage 23 wird darauf hingewiesen, daß in dem Späthaus, welche das Deutsche Reich im Zeitpunkt des Abchlusses des Waffenstillstandes hatte, keine Änderungen eingetreten sind.

Br. Berlin, 18. Jan. (Drahtber.) Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, haben zwischen französischen und englischen Vertretern auf der einen und der deutschen Regierung auf der anderen Seite neue Verhandlungen über die Frage der Zahlung der Kriegskosten im Gange. Bei diesen Verhandlungen hat Reichsminister Dr. Brüning auf die Bedenken hingewiesen, denen Deutschland bei Annahme der Entente-vorschläge Rechnung tragen muß. Es war bekanntlich der Vorschlag gemacht worden, auf die Festlegung einer einmaligen Entschädigungssumme zunächst zu verzichten und es vorläufig mit Jahreszahlungen zu versehen, für die eine Annuität von 3 Milliarden Goldmark angesetzt wurde. Die Vertreter Frankreichs und Englands wurden nicht darüber im unklaren gelassen, daß die Zahlungen nicht in der feststehenden Summe.

Ein polnischer Schatzzug.

Br. Berlin, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau wird gemeldet, daß sich das polnische Ministerium der Äußeren mit einem Plan beschäftigt, der auf die Zusammenfassung der früheren deutschen Gebietssteile, Polen und Westpreußen, mit Oberschlesien, unter Schaffung eines neuen autonomen Staates mit eigener Währung und Ausgang zur Osee hinzielt, um auf die Abkündigung in Oberschlesien in einem für Deutschland ungünstigen Sinne hinzuwirken.

Polen will die Ausreise obererschlesischer Stimm-berechtiger verhindern.

W. T. B. Berlin, 17. Jan. Von unabhängiger Stelle wird mitgeteilt: Nach dem Friedensvertrag ist die polnische und deutsche Regierung gehalten, allen obererschlesischen Wahlmündigen die Ausübung des Wahlrechts zu gewährleisten. Nach hier vorliegenden einwandfreien Nachrichten bereitet die polnische Regierung bereits jetzt den in den abgetretenen Gebieten wohnenden Oberschlesier, die in dem Verband stehen, deutsch stimmen zu wollen, Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Legitimationspapiere. Die polnische Regierung ist anscheinend gewillt, die Ausreise aller Stimmberechtigten zu verhindern, deren Stimmen sie nicht ganz sicher ist.

Einspruch gegen die Ausweisung Gotheins.

Br. Berlin, 17. Jan. Der deutsche Bevollmächtigte bei der internationalen Kommission in Opatow wurde beauftragt, gegen die Ausweisung des Reichstagsabgeordneten Gothein Einspruch zu erheben.

Eine abenteuerliche Meldung über Kaiser und Kronprinz.

D. Wien, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Meldung, daß die holländische Regierung die Anwesenheit des Kaisers und des Kronprinzen nicht mehr dulden werde, erhält der „Abend“ eine Erklärung, nach der sich die holländische Regierung zu diesem Schritt gezwungen sieht, weil der Kaiser das Asylrecht zu kompromittieren mißbraucht habe. Der Kronprinz wolle nach Deutschland entweichen und an der Spitze der ihm treu gebliebenen Offiziere und Mannschaften Deutschland wieder erobern. (?) Das Verlangen nach material soll angeblich kompromittierend sein. Die Verantwortung für diese abenteuerliche Meldung muß dem Wiener Blatt überlassen bleiben.

Die österreichischen Kunstschätze.

D. Wien, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Wiener Kommission der Reparationskommission hat einen überaus wichtigen Beschluß gefaßt. Auf Antrag des französischen Vertreters in der hiesigen Reparationskommission wurde nämlich die Entscheidung getroffen, daß ein Verzeichnis aller Kunstgegenstände anzulegen sei. Diese Kunstgegenstände werden in drei Kategorien eingeteilt: 1. solche Kunstgegenstände, die unter keinen Umständen verkauft werden dürfen und die einen außerordentlichen Bestandteil des österreichischen Staatseigentums darstellen sollen. 2. Kunstgegenstände, deren Verkauf nur im Falle der äußersten Not gestattet werden soll. 3. solche Kunstgegenstände, die den Charakter der österreichischen Sammlung nicht berühren, deren Wegfall also den Kunstwert der österreichischen Gegenstände nicht verringern würde. Der Wert derjenigen Kunstgegenstände, die verkauft werden dürfen, ist auf 200 Millionen Kronen geschätzt. Die Veräußerung wird jedoch nicht jetzt stattfinden, sondern erst nach dem Wiederaufbau Österreichs. Der aus dem Verkauf gelöste Betrag der Österreich zur Verfügung gestellt werden soll, soll dazu dienen, dem Lande beträchtliche Barmittel fremder Valuta zur Verfügung zu stellen.

mz. London, 18. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Times-Meldung ist in amtlichen Kreisen Londons aus Wien die Nachricht eingetroffen, daß der österreichische Staatskanzler Dr. Mayr bezüglich der finanziellen Lage Österreichs jetzt etwas hoffnungsvoller gestimmt ist. Es lebe danach aus, als ob die gegenwärtige österreichische Regierung in der Lage sei, die Geschäfte noch etwa einen Monat zu führen.

Briand über die französisch-britischen Beziehungen.

mz. London, 18. Jan. (Drahtbericht.) Briand erklärte in einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“: Keine ausgezeichneten Beziehungen zu der britischen Regierung während des Krieges sind das beste Merkmal für das Vertrauen und die Freundschaft, die die Beziehungen zwischen der großbritannischen und meiner Regierung kennzeichnen werden.

Die Arbeitsbeschränkungen in London.

D. London, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeitsbeschränkungen nehmen einen immer katastrophaleren Umfang an. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der letzten Woche um 110 000 gestiegen. Die Ursachen für diese Zunahme der Arbeitslosigkeit sind in den Abblaskwierigkeiten und den Balutaverhältnissen zu suchen.

Beratungen in Moskau.

W. T. B. Paris, 17. Jan. Die Agentur Havas verbreitet eine Meldung der Agence Russe Union, wonach am 12. Jan. in Moskau eine bedeutende Konferenz stattgefunden haben soll, an der u. a. Trotski, Tschichserin, Kollin und andere bekannte Bolschewiken teilgenommen haben. Die Besprechung habe sich um Maßnahmen gedreht, die ergriffen werden sollen, um die antibolschewistische Bewegung einzudämmen, deren Fortschritte im Innern Russlands die Sowjetregierung stark beunruhigen.

Rückzug der griechischen Truppen in Kleinasien.

mz. Paris, 18. Jan. (Drahtbericht.) Wie die „Information“ aus Konstantinopel berichtet, melden dort eingetroffene Nachrichten, daß die griechischen Truppen auf ihrem Vormarsch 4 Tage lang von den Kemalisten heftig angegriffen worden sind. Am fünften Tage haben die griechischen Truppen schleunigst und überstürzt flüchten müssen.

Die Abdankung des Schahs von Persien.

D. London, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das Reutersbureau demütiert jenseit der Nachricht von der Abdankung des Schahs von Persien. Die Mitglieder des bisherigen Kabinetts hätten demissioniert, und der Schah sei im Begriff, ein neues Kabinett zustande kommen zu lassen. Das Reutersbureau demütiert aber nicht den Bericht, die englischen Truppen aus Persien zurückzuziehen. Es wird nur gesagt, daß eine kleine Garnison in Teheran zur Hand verbleibe, aber ausschließlich zur Hand. Andere Nachrichten seien aus Teheran nicht eingetroffen. Die letzten Nachrichten, die in London eingingen, erwähnten nichts von einer Abdankung des Schahs von Persien.

Das voraussichtliche amerikanische Kabinett.

D. Haag, 18. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Einer New Yorker Meldung zufolge wird das Kabinett Harding wahrscheinlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: Charles Evans Hughes: Staatssekretär des Auswärtigen; Charles Dawes (Illinois): Schatzminister; Sorrow Daguerre (Ohio): Generalpostminister; William Dages (Indiana): Waldminister; Henri Wallace (Iowa): Kriegsminister; John Weeks: Marine.

(44. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Das Marienkind.

Roman von H. Noë.

„Wenigstens hat die blonde Marie in dieser Sache keinen Kampf zu führen“, dachte Frau Leydinghoven antwortend.

Sie achtete Frau Segler dafür, daß sie den Mammon nicht höher schätzte als alles andere. Offenbar hatte sie den jungen Menschen darüber nicht im unklaren gelassen, daß seine Werbung nicht erwünscht war, und doch reiste er ihnen nach.

Es würde Seglers noch Mühe kosten, sich seiner zu erwehren.

Da fiel ihr ein: Wenn es bei Seglers ein Skelett im Hause gab, mußte dieser „Jugendgepöle“ wohl darum wissen. Vielleicht konnte sie durch ihn etwas erfahren.

Sie verhielt sich nun ruhiger als am Anfang des Abends, aber ihre Blicke suchten häufig heimlich den schlanken Mann, der in einer Ecke des Saales neben dem Stuhle der vornehmen alten Dame stand, die mit der Lorgnette den Tanzenden zusah.

Er hatte keine Ahnung, daß er mit ihr im selben Raume weilte, und vielleicht erinnerte er sich ihrer nicht mehr.

Er sollte aber nicht alles vergessen haben. Nein, das durfte er nicht. Und wenn sie ihn daran mahnen sollte, sie, die doch alle Ursache hatte, die Vergangenheit ruhen zu lassen!

„Sie haben ja schon wieder einen neuen Verehrer?“ fragte Theude, als er Marie für einen Augenblick habhaft wurde. „Aber der...“

Er verzog das Gesicht in ausdrucksloser Weise.

„Er gefällt Ihnen nicht? Mir auch nicht.“

„Was will er denn von Ihnen, der miese Jüngling?“

„Heiraten, leider“, seufzte sie.

„Nanu! Sonst nichts?“ Theude zog die Brauen hoch.

„Den nehmen Sie aber nicht?“

Wiesbadener Nachrichten.

Die Verdoppelung des Preises für die Invalidenversicherung.

Die Mitteilung der Presse, die vor kurzem die Nachricht brachte, daß Invalidenversicherungsmarken nach einer Veranlassung des Reichspostministeriums vom 21. Dezember ab zum doppelten Preis verkauft werden, wirkte für die beteiligten Kreise als Überraschung, da von den betreffenden Verhandlungen hier nichts bekannt geworden war. Der Kaufmännische Verein Wiesbaden hat sich wegen der neuerlichen Belastung an die Handelskammer gewandt und erbat die Reichsversicherungsanstalt Berlin hierauf folgenden Bescheid: „Die Verdoppelung des Preises der Beitragsmarken beruht auf einem Geheiß vom 26. Dezember 1920, das inzwischen in der letzten Nummer des Reichsbotenblattes für 1920 veröffentlicht worden ist. Darnach sollen die Beitragsmarken zur Beschaffung von Mitteln für Hilflosen an Invaliden und Hinterbliebenen-Rentenempfänger vom 20. Dezember 1920 an zum doppelten Wert berechnet werden. Das Reichsversicherungsamt kann nur anheimgeben, daß sich Arbeitgeber, die noch Marken für frühere Zeiten zu verwenden haben, an die Landesversicherungsanstalt mit dem Ersuchen wenden, ihnen diese Marken zum einfachen Kennwert zu liefern, und daß sie, falls die Landesversicherungsanstalt es ablehnt, den Weg des § 1459 der Reichsversicherungsordnung beschreiten.“

§ 1459 der R.-V.-O. lautet: Bei Streit über die Beitragsleistung entscheidet, wenn er nicht bei der Rentenfestsetzung herbeigeführt, das Versicherungsamt und auf Beschwerde endgültig das Oberversicherungsamt. Diese Behörden sind an die amtlich veröffentlichten grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts gebunden. Handelt es sich um eine noch nicht feststehende Auslegung gesetzlicher Vorschriften von grundsätzlicher Bedeutung, so gibt das Oberversicherungsamt die Sache unter Begründung seiner eigenen Ansicht an das Reichsversicherungsamt ab, wenn es der Beschwerdeführer innerhalb der Beschwerdefrist beantragt hat. Auch andere Beteiligten können diesen Antrag binnen einer Woche stellen, nachdem sie die Gelegenheit, sich zu äußern, erhalten haben. Das Reichsversicherungsamt entscheidet in diesen Fällen statt des Oberversicherungsamts.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten besagt: Der Interalliierte Ausschuss für die Verwaltung und Volksabstimmung in Oberschlesien hat unter dem 30. v. M. die Abstimmungsbedingungen für Oberschlesien erlassen. Nach Artikel 2 der Abstimmungsbedingungen müssen die im Abstimmungsgebiet geborenen, dort aber nicht wohnenden Personen, um ihre Entzusage zu erlangen, „vor dem paritätischen Ausschuss ihrer Geburtskommune ihre Identität nachweisen“. Ihr Entzusagegeld muß zu diesem Zweck mit einem erst vor kurzem Zeit angenommenen und von den Gemeinde- oder Polizeibehörden ihres jetzigen — also außerhalb des Abstimmungsgebietes gelegenen — Wohnortes gestempelten und bescheinigten Lichtbild versehen sein. Dem Entzusagegeld ist ein zweites Bild des Lichtbilds beizufügen, das zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, welcher dazu bestimmt ist, dem Abstimmungsrechtigten bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und so dann als Stimmkarte zu dienen. Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 13. Januar d. J. sind die Polizeibehörden beauftragt worden, die Stempelung und Bescheinigung der Lichtbilder zu bewirken. Die Stempelung und Bescheinigung der Lichtbilder erfolgt während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr in den Polizeirevier, an welche sich die Abstimmungsrechtigten erst vorübergehend unter Vorlage der zum Nachweis der Identität dienlichen Urkunden zu wenden haben.

Ferner wird bekanntgegeben: Die von der Interalliierten Abstimmungskommission genehmigten, in deutscher und polnischer Sprache abgefaßten Formulare zu den von den Abstimmungsrechtigten bei den paritätischen Ausschüssen einzureichenden Geländen sind jetzt hier eingetroffen und können in der Zeit von Mittwoch, den 19., bis Freitag, den 21. Januar, einflüchtlich, von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr Markstraße 1/3, 1. Etage (gegenüber dem Polizeipräsidium) von den Abstimmungsrechtigten (Ausweis mitbringen) in Empfang genommen oder dort gleich ausgefüllt werden. Nichts sind zwei Lichtbilder in der Größe von 4x4 Zentimeter (Brustbild ohne Hut). Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach dem Abstimmungsreglement in dem Gelände der Zeitpunkt angegeben ist, wann der Abstimmungsrechtigte Oberschlesien verlassen hat, und daß — wenn irgend möglich — zwei oder mehrere in Oberschlesien wohnende Personen, die den sich anmeldenden persönlich kennen, zu benennen sind.

„Fällt mir nicht ein. Er weiß es ja auch längst und ist nur hergekommen, mir Unannehmlichkeiten zu verursachen.“

„Wieso das?“ fragte Theude erstaunt. „Er soll sich nur unterstellen!... Sehr gutmütig sieht er allerdings nicht aus. Ein Kopf wie aus dem Verbrecheralbum heraus.“

„Ja, ich bin auch überzeugt davon, an dem Sepp Petrasch ist ein richtiger Plattenbruder verloren gegangen.“

„Was kann er Ihnen tun?“

„Ach, denken Sie nicht, daß er einen Revolver aus der Tasche ziehen und losknallen wird! Der fängt das schon anders an.“

„Tendenfalls haben Sie viele Ritter zur Verfügung“, scherzte Theude. „Bitte, mich dazu zu zählen.“

„Gegen den Sepp Petrasch kann mir keiner helfen.“

„Was? Auch nicht der schneidige Herr Affessor?“ fragte Theude.

„Nein, mit dem muß ich allein fertig werden“, sagte Marie.

Sie konnte Theude doch nicht sagen, daß ihr Sepp Petrasch gerade im Hinblick auf Koll v. Merkhofen bedrohlich erschien.

Schon hatte seine Eifersucht ein festes Ziel gefunden.

Alein obgleich Sepp die Augen herauslegte, daß es auslah, als ob sie auf Stielen stünden, ließ sich Marie dadurch doch nicht abhalten, Koll wiederum zu dem Walzer zu folgen, den sie ihm versprochen hatte.

„Sie tanzt schon wieder mit dem Affessor“, stellte Theude, der jetzt beobachtend an der Saalkante stand, fest. „Was würde der neu aufgetauchte Wiener Präsident dazu sagen?“

Er tanzte gerade mit dem kleineren der beiden Rosamündchen, wie Theude Ada Crusius bei sich nannte. Er konnte nicht umhin, die vollstimmliche, ordinäre Unmut zu bewundern, mit der Sepp Petrasch tanzte.

Der mußte das Tanzen an sehr plebejischen Orten geübt haben, denn nur im Volk tanzte man so.

— Die nächste Stadtverordneten-Versammlung am Freitag verordnet u. a. folgende Tagesordnung: Erhöhung des Zuschusses an die landwirtschaftliche Winterhülle Hof Gelsberg. Erhöhung der Wiegelöhne im hiesigen städtischen Krankenhaus. Erhöhung der Beihilfe für Kinderbewilligung. Eingemeindung von Schierstein. Neuwahl des Beirats zur Durchführung des Ortsstatuts gegen die Verunsicherung der Stadt Wiesbaden. Bewilligung der laufenden Wirtschaftsbetriebe (Wasserversorgung u. a.). Anlauf eines Grundstücks im Distrikt „Unterwarzenberg“. Zurücknahme der Pläne in der Rheinstraße von der Bahnhofstraße bis zur Frankfurter Straße. Errichtung einer Handelslehrerinnenstelle bei der kaufmännischen Fortbildungsschule. Mitteilung, betr. die Anregung über Kommunalisierung der Grabplätze. Antrag des Stadts. Reichenbach: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu beauftragen, die nachgeordneten Maßnahmen veranlassen zu lassen: Die Friedhöfe, die innerhalb der Gemeindegrenzen liegen (auch die Domänenfriedhöfe), den Erwerbslosen und solchen Männern, die Lust und Freude am Landbau bekunden, zunächst — mindestens auf die Dauer von 5 Jahren — unentgeltlich zum Anbau und Eigenbewirtschaftung zur Verfügung zu stellen. Die Vergabe soll so geordnet werden, daß die vorhandenen Pflanzungen in Partellen zerlegt und durch das Los den Interessenten zugewiesen werden. Die Größe der Partellen wird entschieden durch die Zahl der Interessenten.“ — Geheime Sitzung.

— Die Erlaubnis für den Besitz von Jagdwaffen. Die Rheinlandkommission hat durch Verordnung (67) die Bestimmungen über die Ausstellung von Jagdwaffen neu gefaßt. Darnach ist der Besitz von Jagdwaffen erlaubt, wenn die deutschen Behörden dafür einen Jagdwaffenchein ausgestellt haben. Zutun ist die Landrat, der Oberbürgermeister oder die entsprechenden Behörden am Wohnort des Antragstellers. Für Personen, die im unbefestigten Gebiet wohnen, gilt einer der Kreise, wo sie die Jagd ausüben wollen, als Wohnort. Erlaubt sind Schrotflinten mit ein, zwei oder drei Läufen, Kugelbüchsen mit ein, zwei oder drei Läufen, gemischte Gewehre für Schrot- und Kugelmunition (Kugelmunition mit ein, zwei oder drei Läufen), Repetierbüchsen und Hobbierbüchsen. Nicht erlaubt sind Büchsen, deren Laufweite 300 Meter übersteigt, und solche, die das gleiche Kaliber haben wie das deutsche Militärsgewehr. Einem Jäger können zwei Gewehre bewilligt werden. Die Ausstellung der Waffenscheine wird von dem Kreisdelegierten überwacht. Diese können im Falle eines Mißbrauchs die Waffenscheine und die zugehörigen Munitionskarten für ungültig erklären und die Zahl der Kreise begrenzen. Nicht genehmigte Waffen sind von den deutschen Behörden in sichere Verwahrung zu nehmen. Der Kreisdelegierte kann dem Eigentümer für eine bestimmte Zeit schaffen, die Waffen für eine besondere Jagd zu gebrauchen. — Der zweite Teil der Verordnung enthält Bestimmungen über die Beförderung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial. Diese Beförderung ist nur mit Genehmigung einer der in der Verordnung näher bezeichneten Stellen möglich. In einer Liste ist angegeben, was als Kriegsmaterial angesehen wird.

— Überlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungen. Da Saalknappheit den politischen Parteien die Aufklärungsarbeit zu den bevorstehenden Landtagswahlen erschweren, empfiehlt der Minister den Vernehm der ihm unterstellten Anstalten weitgehendes Entgegenkommen in allen Fällen, wo Parteiorganisationen sie um Überlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungszwecken bitten; dabei ist allen politischen Richtungen gegenüber völlige Unparteilichkeit zu beobachten. Wollen sich die Verfügungsberechtigten über die Schulräume (Schulvorstände, Magistrat, Schulleiter) für alle Fälle die Erstattung der Kosten sichern, die durch die Reinigung, Heizung und Beleuchtung sowie durch etwaige Beschädigungen in den Schulräumen (Einrichtungssachen, Stühle, Tische u. dgl.) entstehen, so sind keine Bedenken vorhanden, daß sie die Überlassung der Schulräume von der Hinterlegung eines angemessenen Betrags seitens der Saalmieter abhängig machen.

— Befreiung von der Paketlagergebühr. Eine Paketlagergebühr wird bekanntlich neuerdings erhoben für nicht rechtzeitig ausgehändigte Pakete. Nach einer Ergänzung der Dienstvorschriften für die Postanstalten wird diese Gebühr aber nicht erhoben für Pakete, die deshalb lagern, weil sie beschädigt, durchdrungen oder mit Mindergewicht eingegangen sind und daher nicht ohne weiteres ausgehändigt, sondern zuvor im Bureau des Empfangsberechtigten geöffnet werden sollen. Dies gilt auch für Auslandspakete, solange sie bei der Zollstelle lagern, auch dann nicht, wenn sie bei den Poststellen verbleiben. Die Gebühr wird aber erhoben für die Pakete, die den Postanmeldestellen ohne Aufgabegeld und ohne Aufschrift übergeben sind und deren Unterbringung aus dem Grunde nicht logisch gelingt, weil der Absender unterlassen hat, in das Paket oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Bei der Nach- und Nachsendung lagerebührensplächtiger Pakete bleiben die Tage der Beförderung

„Grâce canaille“ nannten die Franzosen solche plebejische Grazie.

Auf alle Fälle besaß der junge Mensch Geschick genug, um anderen Paaren auszuweichen, und es mußte Absicht darin liegen, daß er jetzt plötzlich in ein anderes heranziehendes Paar hineinstieß, Marie und der Affessor.

Der Stoß war heftig genug, daß das Paar beinahe zu Fall kam. Koll erlangte mit Mühe das Gleichgewicht wieder und bewahrte auch seine Tänzerin vor dem Niederstürzen. Nur der Fächer flog ihr aus der Hand und gerade vor die Füße eines hohen, schlanken Herrn mit hochblondem, flach an den Schläfen liegendem Haar.

„Ist der Graf!“ dachte Koll.

Erich von der Straaten blickte sich, hob den Fächer auf und reichte ihn Marie, die sehr verbindlich dankte. Der Graf blickte ihr dabei ins Gesicht und seine Augen wurden groß von Staunen. Es war ihm wiederum, als müsse er sie schon irgendwo gesehen haben. Sollte das nur daher kommen, daß man einander hier vom täglichen Begegnen kannte?

Auch Marie wandelte eine eigene Empfindung an. Es blieb ihr nur keine Zeit, sich darüber klar zu werden. „Zu verwundern ist es nicht, wenn dieses Mädchen Koll besser gefällt als Koll“, dachte der Graf.

Während Marie zurücktrat, wechselte van der Straaten mit Koll einen leicht angedeuteten Gruß, den sie hatten sich vorhin ja gesprochen. Dann folgte Koll Marie in einiger Verlegenheit, denn er fühlte, er hätte ihr den Grafen vorstellen sollen, und hatte es nicht getan.

Marie nahm diese Unterlassungsfünde heimlich zur Kenntnis. Na ja, das war doch ein Onkel der rotblonden Baronessa, die der Affessor ihrhast in vernachlässigte. Darum wohl!

„Ich glaube gar, es war dieser Herr Petrasch, der uns beinahe umtanzt“, sagte Koll, Marie nachkommend.

„Den muß ich mir doch kaufen!“ wehrte Marie leicht ab.

(Fortsetzung folgt.)



MAINZ

Teppiche · Gardinen Dekorationen

Einzigartig sind die Preise beim
Vergleich mit den Qualitäten.

Gardinen, abgepaßt, 1 Fenster = 2 Schals . . . von 195⁰⁰ an
Halbstores in allen Größen . . . von 65⁰⁰ an
Künstler-Gardinen (2 Längs- und 1 Querschale) von 95⁰⁰ an
Tüllbettdecken in großer Auswahl . . . von 65⁰⁰ an
Tülltischdecken, ca. 150×150 cm groß . . . von 35⁰⁰ an
Scheibengardinen, 1 Fenster = 5 Meter, bestickt 53⁰⁰
Brise-Bises in ca. 50 verschiedenen Ausführungen von 4⁵⁰ an

Spannstoff, doppelt breit . . . von 19⁵⁰ an
Gardinen-Stückware, doppelt breit . . . von 17⁵⁰ an
Scheibengardinen, engl. Tüll . . . von 9⁵⁰ an
Scheibengardinen, congress . . . von 4⁵⁰ an
Borden aus Tüll und Etamine . . . von 7⁵⁰ an
Etamine, ca. 150 und 160 cm breit . . . von 28⁰⁰ an
Dunkle Madrasstoffe, ca. 130 cm breit . . . von 68⁰⁰ an

Madras-Garnituren . . . von 275⁰⁰ an
Galerieboarden . . . von 5⁵⁰ an
Gestreiftes Dekorationsleinen (imitiert) 120 cm breit . . . von 45⁰⁰ an
Läuferstoff, ca. 68 cm breit . . . von 36⁰⁰ an

Ueber-Garnituren (Leinwand-Imitation) . . . von 125⁰⁰ an
Tischdecken . . . von 48⁰⁰ an
 . . . von 45⁰⁰ an
 . . . von 36⁰⁰ an

In der Teppich- und Möbelstoff-Abteilung außergewöhnlich billige Preise.
Reisedecken (Wolle) von Mk. 148.— an.
Baumwollfries für Fenstermäntel, ca. 130 cm breit, von Mk. 45.— an.

Selten schöne
Herrenzimmer
empfehlen sehr preiswert
Gebrüder Leicher,
Oranienstrasse 6.

1700

Thalia-Theater

Kirchstrasse 72. Telefon 6137.

Vom 19. bis 21. Januar.

!! Die Schuld !!

Dramatisches Schauspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle:**Henny Porten.**

Als ich eine Leiche war

Filmposse in 2 Akten mit

Ernst Matray u. Katta Sterna.Spielzeit: 3 bis 10¹⁵ Uhr.

Ab Samstag, den 22. Januar:

Der große Terra-Prunkfilm

Gräfin Walewska

(Napoleons Liebe) mit **HELLA MOJA.**

Kinephon
Nur noch 2 Tage!

Mia May

in einem neuen Meisterwerk:

Das wandernde Bild

Hochgebirgs-Schauspiel in 5 Akten.

Badebuhl. Fiedler Schwanke in 3 Akten.
Gespielt von **Paul Heidemann.**

Gewöhnliche Preise. Anfang 3 Uhr.

WALHALLA.

Dritter Teil

Lieblingsfrau des Maharadscha

mit **Gunnar Tolnaes.**Beginn: 4, 6 u. 8¹⁵ Uhr.

Divans — Chaiselounges

Stets vorrätig auf Lager,
einfach, elegant, in allen
Neuheiten und Auf-
arbeitungen aller besten
Möbel u. Betten. Prima
Arb. u. gute Materialien.
Billige Berechnung. Möb-
el, Lagers, Lager, Ver-
käufer, Rheinstraße 88.



Beste
Qualitätsmarken.
Reichhalt. Auswahl.
Vorteilhafte Preise.
Probeförderung.

Piano-Magazin
Hainrich Schütten16 Wilhelmstraße 16,
Telephon 5883.Stempel & Co.,
Sternstraße 87, Tel. 2426.

Hotel „Bristol“ Restaurant

(früher Hotel Fuhr)

3 Gelsbergstr. Telefon 5844. Gelsbergstr. 3.

Exquisite Küche.

Mens in unübertroffener Reichhaltigkeit.

Diner 20, 35 Mk. Souper 20, 40 Mk.

Speisen à la carte in großer Auswahl.

Vornehmes Tafel-Konzert.

Apollo-Kino

Schwaibacher Str. 11. Tel. 923. Wiesbaden

Täglich Vorstellung von 6—11 Uhr.

Nördlich vom 53.°

Dramatisches Abenteuer mit Dustin Faraum.

Der romant. „Camelot“. Die Frau des Anders.

Kom die mit Georg Walsh. Lebende Zeichnungen.

Orchester Wolff.

Sonn- u. Festtags Vorstellung von 3—11 Uhr.

Graue Haare

erhalten ihre natürliche

Farbe durch unser

„Dr. Uderstädts

Haar-Pigment“

Preis pro Orig.-Flasche

Mk. 18.— Zu beziehen

durch: Schützenhof-Apo-

theke, Langgasse 11. Fl. 102

Barnhof.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Anfang 7. Ende 9 Uhr.

Kammer · Lichtspiele

Vanriltstr. 12. T. 6177

Vom 18. bis 21. Jan.

Die schlaf. Maschine.

Detektiv-Drama in

4 Akten.

Detektiv Joe Jenkins:

Kurt Brenkendorf.

Ollly geht hameln.

Lustspiel in 3 Akten.

In der Hauptrolle:

Mizzi Rheingruber.

Spielzeit: 4—10¹⁵ Uhr.

Kleine Eintrittspreise

1.50—3.75 Mark.

Monopol

Wilhelmstr. 8. T. 59

Achtung! Versäumen

Sie nicht, den hoch-

interessanten Karl-

May-Film, 6 Akte

Eine Reise durch

die Wüste u. das

wilde Kurdistan

sich anzusehen.

Ein mexik. Abenteuer

in 3 Akten.

Spielzeit: 3—10¹⁵ Uhr.

Konsertmusik.

ODEON

Das gr. Kriminal-

Schauspiel

Der Vogel im

Käfig.

Aus den Erinnerungen

eines unschuldig Ver-

urteilten, 4 Akte.

Ein Walzer

von Strauß

Drama in 4 Akten.

Anfang 3 Uhr.

Sängerin

(Lute, Zither, Klavier)

empfiehlt sich für

Verlob., Hochzeiten usw.

heiteren u. ernsten Inh.

Adr. i. Tagbl.-Verl. Wn

Theater

Staatstheater Wiesbaden

Mittwoch 19. Januar.

Sonder-Vorstellung für den

deutschen Gemischtschub.

Der Waffenschmied.

Romische Oper in 3 Akten.

Musik von Albert Lortzing.

Stadtinger . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Karl . . . H. Roloff

Theater und Literatur. Der Vertrag der Staatsbetheiligung in Wien mit Max Reinhard ist, wie gemeldet wird, unterzeichnet worden. Er sichert Reinhard eine ganze Reihe von Pensionierungen im Burgtheater und verpflichtet ihn außerdem als künstlerischer Leiter des geplanten neuen Staatsbetheiligers in den Redoutensälen der abemaligen Hofburg in Wien. — Die Reissnurre „Neunhundert-neunzehn“ von Toni Impeloren und Carl Nathe, die diese Woche ihre Erstaufführung im Lustspielhaus in München erlebt, wurde von den Rotterbühnen für Berlin erworben. — Das Wundermittel, Komödie in drei Akten von Ludwig Gula, befindet sich am Theater in Berlin in Vorbereitung.

Fuhrwert-Versteigerung.

Morgen Donnerstag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr beginnend, versteigere ich im Hause

13 Roonstraße 13

wegen Geschäftsveränderung:

3 Pferde, darunter 1 Gelbpann-Pomm-Mappen, dreijährig, 1 mittelschweres Pferd, 6-jährig, 2 noch neue Federrollen, 25 Bentner Tragkraft, 1 Jagdwagen, 1 plattiertes Doppelspanner-Pferdegelchirr, 1 einfaches Doppelspanner-Gelchirr, 2 Einspanner-Gelchirre sowie 1 Hausfell, Hausschürzen, 1 Jagd- u. Jagdwagen-Trensen, Hölzern, Partie Stallutensilien, 1 prima neues Verdeck passend für Milchwagen, und noch viele hier nicht aufgeführte Gegenstände

Öffentlich freiwillig gegen Barzahlung.

Karl Jakob, Auktionator u. Taxator.

Möbiliar-Versteigerung

Morgen Donnerstag, den 20. cr., vorm. 9½ Uhr beginnend, versteigere ich zufolge Auftrags in meinem Versteigerungslokal

43 Luisenstraße 43, dahier,

nachfolgendes gut erhaltenes Mobiliar öffentlich freiwillig meistbietend gegen gleich bare Zahlung, als:

1 Sofa mit Umbau und 2 Sessel, 1 schöner gut erhaltener Smyrna-Teppich 3x4, 1 Beddighrohr-Garnitur, bestehend aus: 1 runden Tisch, 1 Spielstisch, 2 Sessel u. 2 Stühlen, 1 Palmständer und Küster, versch. Sofas und Sessel, runde, viereckige Nipp- und Bauernstühle, Rohr- u. Röhrenstühle, Polsterstühle, Ottomanen und versch. Chaiselongues, 3 Blüchenschränke, 1 u. 2tür. Kleiderschränke, 1 Waschtische und Nachttisch mit Marmor, Bettstellen mit und ohne Matratzen, 1 Nähtisch und Serviertisch, 1 schöner rund, Ausziehtisch, versch. Kommoden, 1 Schrank mit Spiegelaufsatz, 1 Auto- u. Reisefloffer mit Einlagen, 1 kompl. Wandregal, Röhren-, Vorrats- und Fliegenschrank, Röhrenbretter, Obst- u. Eisschränke u. div. Röhrenschalen, 1 Transformator.

Wiesbadener **Willy Wint,**

Auktionator und Taxator,

handelsrechtlich eingetragen,

Luisenstraße 43, Wiesbaden, Tel. 5207.

Freitag, den 21. Januar, 1/6 Uhr, veranstaltet die Jugendgruppe des Vaterländischen Frauenvereins in Verbindung mit dem Stadtbund f. Frauenbestrebungen

mit dem einen öffentlichen Vortrag im Frauenklub, Draußenstraße 15. Die Frau Oberin des städt. Krankenhauses wird sprechen über das Thema: „Die Ausbildungsmöglichkeiten und die Betätigung der Säuglings-Schwester“.

Eintritt 1 Mk., Schülerinnen 0.50 Mk.

Hansa-Hotel

Wiesbaden

Ecke Rhein- und Nikolastraße
Besitzer: F. Lederbogen.

Heute

Schlachtfest

Pneumariks Pneumatik-Centrale
Adolfallee 35 Tel. 333

„Nimmst schmackhaft Supp' und Brüh' in Kürze.
Dann nimm nur Sinner Speisen-Würze!“



Sinner Speise-Würze

F177

Ratskeller-Restaurant

Spezialgericht von 12 Uhr ab Mk. 6.—

Frische Ochsenbrust, Meerrettich-Sauce,
Bouillon-Kartoffeln und Beilage.

Spezial-Ausschank

der Pschorr-Brauerei München!

1919er Neroberger im Ausschank.

Haut-Hand-Haarpflege mit OLDYM

Vorzüglich gegen rauhe Haut und auf-
geprungenen, rötlichen Hände!

Hersteller: Chemische Fabrik
Röhm & Haas in Darmstadt



Feinstes Terpentin-Wachs-Präparat

Sidol, der beste Metallputz Sirax, das beliebte Scheuermittel

Diese drei Artikel dürfen
in keinem Haushalt fehlen.

Fabrik: Siegel & Co., Köln a. Rh.

F51

Porträt-Bildhauer

von Welt-Ruf, z. Bt. Wiesbaden, nimmt 2-3 Porträt-
Aufträge entgegen. Porträt-Plastiken und Büsten
auch von gefallenen Helden. Anfragen unter G. 905
an den Tagb.-Verlag.

Achtung!

1000 Mark Belohnung
gebe ich dem, der mir e.
Nachbärer verdächtigt.
Und a. Abhandlungsm.
Off. zu richten an F102
D. Trentau, Berlin NW2.
Goltzstraße 13.
Grüßlich. 4.

Persil

wäscht
schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält
die Wäsche.

spart Arbeit
Selle u. Kohlen.

Bestes und billigstes
selbsttätiges

Waschmittel

Preis Mk. 4.— des Pakets

Henkel & Cie.,
Düsseldorf.

Vertreter: Th. Schultz, Wiesbaden, Kirchz. 48

2 Waggon Hochschaffstiefel

in guter Ausführung in unsrer Zentrale
eingetroffen.

Regulärer Preis	95.50
bedeutend höher	110.50
Jetzt Mk.	125.50

Ein Teil derselben kommt in unsrer
Filialen ab heute zum Verkauf.

Schuhhaus Romeo G. m.
b. H.
Michelsberg 25.

Gute, solide, praktische
landwirtsch. Maschinen

kaufen Sie vorteilhaft bei

Julius Hagenell, Frankfurt a. M. 1.

Fordern Sie Gratis-Prospekt 5.

Tüchtige Vertreter u. Vermittler allerorts gesucht.

Liefere Ia trockenes

Buchen-Brennholz

(Knüppelholz)

1777

auf ca. 15 cm Länge geschnitten, z. Pre: s:

Mk. 17.— pro Zentner
frei Koller.

Lieferung erfolgt in plombierten Säcken.

Ludwig Jung

Spezial-Großhandlung in Union-Briketts,

Kohlen, Koks, Brennholz, Torf etc.

Bismarckring 32.

Tel. 959

Für Ofenheizung u. Zentralheizung
empfehle

Brektorf

von großem Heizwert. Dieselbe kann zur Zeit noch in
jeder Menge markenfertig geliefert werden. 1720

Kohlenkontor für Ruhrkohlen

Friedrich Zander

Adelheidstraße 44.

Bernspr. 1045.

Empfehle aus eigener Schlachtung:

Prima Leberwurst per Pfund 16 Mk.

" Zungwurst " " 15 "

" Rohwurst " " 14 "

" Jagdwurst " " 16 "

sowie anderp. Fleisch- u. Wurstwaren. Sämt-
liche Wurstwaren sind geräuchert.

O. Knobloch

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren,
Norden/Ostfriesland, Mühlenstraße 40.



Von Donnerstag, 19. Januar, ab
nehmen in großer Auswahl

**fette Schweine u. prima
hannov. Ferkel und Läufer**

bei mir zum Verkauf.

Craß, Schierstein, Mittelstraße 15
Telephon 225.